

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
No. 11

Beiblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abdruckpreis: 10 Pfennige. Die Anzeigenpreise: Die einseitige Zeile oder deren Raum 12 Pfennige, die Reklameweile 25 Pfennige. Kleinere Anzeigen werden nach Vereinbarung berechnet. — Für telefonische Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 118.

Altensteig, Dienstag den 20. Mai.

Jahrgang 1924

Politische Streiflichter.

Politisch geht es wieder einmal hübsch drunter und drüber im Deutschen Reich! Nachdem die brave Berliner Polizei Herr Bozenhardt noch beim Schlafittchen hat nehmen können, bevor es der Berliner Sowjet-Filiale gelang, ihn jenseits der Grenze in Sicherheit zu bringen, wird man über diese peinliche Angelegenheit ja auch seine Meinung sagen dürfen, so schreiben die „Leipz. N. N.“ Die Aufmachung war alles andere als imposant. Erst redeten die amtlichen deutschen Stellen mit einer Bestimmtheit, die Zutrauen erwecken mußte, daß man diesmal gewußt habe, was man wollte. Als dann die Organe der Sowjetregierung das Maul mit jedem Tage weiter aufrißen, wurden die deutschen amtlichen Stimmen immer kleinlauter, immer unklarer. Daß die Russen — denen die Wahlerfolge, die ihre deutsche Soldtruppe auf Kosten der Sozialdemokratie errungen hatten, offenbar zu Kopfe gestiegen sind — „Sühneforderungen“ an das Reich stellten, hätten wir vermutlich nicht erfahren, wenn es die Russen nicht selbst laut in alle Welt hinausposaunt hätten. Während uns anfangs die russischen Noten zugleich mit den deutschen Erwidierungen im Wortlaut mitgeteilt wurden, warten wir auf den Text der letzten russischen „Sühnote“ einstweilen immer noch. Hoffen wir, daß wir jetzt, nachdem der Schlichtung der russischen Handelsvertretung in deutschen Gewerkschaften eingeleitet worden, endlich reinen Wein eingesehen bekommen.

Unschwer, wie das Auftreten der Regierung in dieser Angelegenheit war, war es auch in der Frage ihres eigenen Schicksals. Die Regierung hat den alten Reichstag aufgelöst, weil sie in ihm keine Mehrheit hatte. Für gewisse Fragen der Außenpolitik bestand eine Mehrheit, aber das muß der Regierung doch nicht genügt haben, sonst hätte sie ja nicht aufgelöst brauchen. Für diese „gewissen“ Fragen der Außenpolitik besteht auch im neuen Reichstag eine Mehrheit, die Parteien aber, die die Regierung stellen, haben weniger eine Mehrheit als zuvor. Und ein Regierungsprogramm, wozu sich auch andere Parteien ausdrücklich bekennen können, hat die Regierung ja nicht aufgestellt. Also wäre das Gegebene gewesen, daß die Regierung nach den Wahlen erklärt hätte: wir führen die Geschäfte bis zum Zusammentritt des Reichstages, dann treten wir zurück. Aber die Regierung tat nichts dergleichen. Erst schob sie das amtliche Wahlergebnis vor, das so juristisch viel Zeit zu seiner Ermittlung gebraucht, dann schob sie das Sachverständigen-Gutachten vor, das auf seine Erledigung durch Deutschland nicht warten könne — obwohl wir heute noch nicht wissen, ob und in welcher Form es von den Entente-Regierungen angenommen worden ist — und dann erklärte sie: sie denke nicht daran, zurückzutreten. Sie werde vor dem neuen Reichstag erscheinen. Inzwischen wählten die Franzosen ihre Kammer neu und Poincaré gab dem schwankenden Reichskabinett ein Beispiel, wie sich eine parlamentarische Regierung benimmt, wenn sie bei den Wahlen eine offensichtliche Niederlage erlitten hat. Darauf erklärte die Reichsregierung: werde es auch so machen; kurz vor dem Zusammentritt des neuen Reichstages werde sie zurücktreten.

Die Auseinandersetzungen zwischen der Reichsregierung und den Deutschnationalen hat in den letzten Tagen Formen angenommen, die mit der beiderseitigen Absicht, den Interessen des Landes zu nutzen, nicht mehr zu vereinbaren sind. Die deutschnationale Presse schlägt gegen die Reichsregierung und insbesondere gegen den Minister des Reichs, Dr. Stresemann, eine persönliche Gehässigkeit an, die die allererleuchteten Regeln der Höflichkeit verfehlt. Das der Reichsregierung überdies mit dem Staatsgerichtshof gebroht wird, sei nur nebenbei bemerkt. Auf der anderen Seite finden die kräftigsten Gegenkundgebungen der Regierung in der unter amtlicher Leitung stehenden Regierungspresse, namentlich im Zentrum und im demokratischen Lager, eine Begleitmusik in einer Form, die lebhaft an das Wirtshausleitmotiv: „Der Feind steht rechts“ aus dem Jahre 1922 erinnert. Wenn beide Teile lediglich nach sachlichen und parlamentarischen Gesichtspunkten die politische Auswertung der letzten Reichstagswahlen vornehmen wollen, so läßt sich wirklich die plausibelste Aufwühlung aller Leidenschaftlichen durch Behauptungen statt durch Argumente vermeiden. Wer sachlich die ganze Presseföhde um das Sachverständigen-Gutachten und die Regierungsbildung verfolgt hat und alle Parteien und Gruppen

die auf ihnen beruhenden agitatorischen Kräfteanstrengungen in den Hintergrund drängt, muß den Eindruck gewinnen, als ob eine Einigung zwischen den Deutschnationalen und der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft gar nicht so unüberwindliche Schwierigkeiten böte, wenn man den Dingen auf den Grund geht. Die einzige außenpolitische Frage, die im Augenblick an das deutsche Volk und an jede deutsche Regierung gerichtet ist, fordert die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Sachverständigen-Gutachtens im ganzen. Man hat sich lediglich mit schwerer Verantwortung über die Folgen der Annahme oder Ablehnung klar zu werden. Was bis jetzt bekannt ist, ist lediglich Agitation und Parteimache.

Als die Deutsch-Hannoveraner es nach dem Einfall der Franzosen in das Ruhrgebiet für zweckmäßiger hielten, ihren Antrag auf Postrennung der Provinz Hannover von Preußen zurückzuziehen, zeigten sie damals wenigstens einig Gefühl dafür, daß in der Not des Vaterlandes aller heimische Haß unterdrückt und dem auf die Zerstörung des Reiches gerichteten Willen der Feinde die nationale Einheitsfront entgegengestellt werden mußte. Um so beschämender ist es, daß in einer Zeit, da die Rheinländer sich nach wie vor mit erhebender Einmütigkeit zu dem im Mai 1920 in Königswinter gefaßten Beschluß bekennen, an ein selbständiges Rheinland nicht zu denken, solange feindliche Soldaten auf deutschem Boden stehen, von den Welsen die Vorabstimmung am 18. Mai über die Frage erzwungen worden ist: „Sollen die preussischen Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim, Lüneburg, Stade, Osnabrück von Preußen abgetrennt werden und ein selbständiges Land bilden?“

Dieser groteske Vorstoß der Kleinen im Reichstage mit nur fünf Abgeordneten vertretenen Deutsch-hannoverschen Partei gegen die Einheit Preußens und des Reichs erfolgt auf Grund des Neugliederungsparagrafen der Reichsverfassung, Artikel 18, der, wie so vieles aus grauer Theorie geborene, in der Praxis gerade das Gegenteil dessen bewirkt, was beabsichtigt war. Die hannoverschen Separatisten geben freilich vor, sich nur gegen den großpreussischen Partikularismus zu wenden und einen dezentralisierten Unitarismus zu vertreten, der erst die Möglichkeit eines künftigen Großdeutschlands mit Einschluß Oesterreichs schaffen würde. Aber die Trennung Hannovers von Preußen würde nicht nur diesen Einzelstaat verkleinern, sondern bedeutete gleichzeitig nichts anderes als eine Gefährdung der Existenz des Reiches selbst, denn würde Hannover den Anfang machen, begäme ein Auseinanderlaufen aller Teile. Preußen ist nun einmal durch seine Größe, Bevölkerungszahl und insbesondere auch durch seine wirtschaftliche Stärke das Rückgrat des Reiches. Nachdem die Entente bereits Ostpreußen durch den polnischen Korridor abgetrennt hat, muß Preußen erst recht unzerstückelt bleiben. Der Ausfall der Abstimmung ist sowohl aus innerpolitischen wie aus außenpolitischen Gründen höchst unerwünscht. Die überwältigende Mehrheit des hannoverschen Volkes hat, indem sie der Parole auf Stimmhaltung folgte und damit den Plan der Separatisten zum Scheitern brachte, eine hohe politische Reife bewiesen.

Im Monat Dezember 1923 hat General Kollet nur für Unterhaltung und Betrieb der Kraftwagen, die ihm und seiner interalliierten Militärkontrollkommission zur Verfügung gestellt werden mußten, der Reichsregierung 131 300 Goldmark berechnet. Da im Dezember überhaupt keine Kontrollbesuche ausgeführt worden sind, können diese hübschen Kosten lediglich den Privatfabriken der interalliierten Herren Offiziere und ihrer Damen gedient haben.

In Frankfurt beispielweise, wo sich General Kollet durch 7 Offiziere vertreten läßt, braucht er für diese 7 Herren 10 Kraftwagen.

Die Gesamtkosten der Kommission Kollet haben im Dezember etwa einhalb Millionen Goldmark betragen. Im gleichen Monat hat das Deutsche Reich für sämtliche 3797 Offiziere seines Reichsheeres zusammen nur 68 000 Goldmark gebraucht, das ist also etwa die Hälfte der Auskosten des Herrn Kollet.

Wenn die Vorschläge des Sachverständigen-Gutachtens verwirklicht werden, werden vorläufig die Reparationsleistungen der alliierten Mächte um die Kosten der überflüssigen Kontrollkommission gekürzt, und damit wird man vielleicht eher als heute bereit sein, ihre Aufgaben an es der Versäuler Perlung vorzulegen, dem Völkerrecht zu überlassen.

Neues vom Tage.

Verhärteter Konflikt im Ruhrgebiet.

Aus dem Ruhrgebiet, 19. Mai. Sowohl die Konferenz des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter wie auch die zuständige Instanz des Alten Bergarbeiterverbandes haben beschlossen, den Berliner Spruch für die Ruhrbergarbeiter abzuwehren. Hauptächlich wegen der Frage der Ueberarbeit und des Lohnes.

Essen, 19. Mai. Der Zechenverband hat ein Schreiben an den Reichsarbeitsminister gerichtet. Es wird darin erklärt, daß sich der Zechenverband „trotz schwerwiegender Bedenken“ für die Annahme des Schiedspruches für den Bergbau entschieden habe. Leidend dafür sei für ihn die Absicht gewesen, alles nur Mögliche zu tun, um die bestehenden Arbeitsverhältnisse mit ihren verderblichen Folgen abzumenden.

Ruhr ist die Verbindlichkeitserklärung des Arbeitsministers zu erwarten. Welche Haltung danach die Bergarbeiterschaft einnimmt, muß abgewartet werden. Jedenfalls lassen die Kommunisten kein Mittel unversucht, um die Massen zum äußersten Widerstand aufzupeitschen. Im Ruhrgebiet stehen auch die Beschlußfassung schwerste Tage bevor.

Die württembergische Landwirtschaft lehnt die Annahme des Sachverständigen-Gutachtens ab.

Stuttgart, 19. Mai. Der Landesauschuß des Landw. Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern hat am Montag im Stadtgarten getagt. Es wurde durch Generalsekretär Hummel der Geschäftsbericht erstattet und über den Etat berichtet. Auf Grund eines vorliegenden Referats des Reichstagsabgeordneten Fritz Dr. h. c. u. Stauffenberg über das Sachverständigen-Gutachten wurde eine Entschließung angenommen, die eine bedingungslose Annahme des Gutachtens durch die derzeitige Reichsregierung als eine die deutsche Wirtschaft zerstörende Tat bezeichnet. Der Einführung des 8. Schuljahrs gegenüber wurde eine ablehnende Stellung eingenommen.

Amerika gegen die Anerkennung Rußlands.

Woston, 19. Mai. Nach hier eingetroffenen Meldungen richtete die amerikanische Regierung an die chinesische Regierung eine Note, worin sie diese vor der Anerkennung des Verbandes der Sowjetrepubliken warnt, da dieses zu internationalen Verwicklungen führen werde.

Ungültigkeitserklärung der oberhschlesischen Reichstagswahlen.

Berlin, 19. Mai. Wie die „Zeit“ erfährt, ist mit einer Ungültigkeitserklärung der Wahlen in Oberschlesien zu rechnen. Die dort von der Deutschen Wirtschaftspartei eingereichte Liste ist von der Wahlleitung unregelmäßig zurückschickte worden. Die Wirtschaftspartei hat dagegen Protest eingelegt.

Die italienisch-belgische Konferenz.

Rom, 19. Mai. Wie die Agencia Stefani meldet, fand am Sonntag in der Präsektur von Mailand die erste Unterhaltung zwischen Mussolini und den belgischen Ministern Deunis und Symans statt. Die belgischen Minister unterrichteten Mussolini von ihren Besprechungen, die sie in Paris und London über das Reparationsproblem hatten. Die drei Minister prüften die durch das Sachverständigen-Gutachten geschaffene Lage. Die Besprechung dauerte zweieinviertel Stunden; sie wurde am Montag fortgesetzt.

Der neue Kurs in Frankreich.

Paris, 19. Mai. Der geschäftsführende Ausschuß der Sozial-republikanischen Partei (Painlevé-Bündel) hat eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, die Partei weigere sich, an jeder Regierung teilzunehmen, die nicht fordere:

1. daß der Präsident Millerand demissioniere,
2. daß die Arrondissementswahlen wieder hergestellt werden,
3. daß eine vollkommene Amnestie bewirkt wird,
4. daß die Umsatzsteuer beseitigt und durch eine Vermögenssteuer ersetzt wird,
5. endlich, daß die freundschaftlichen Verhandlungen mit den Alliierten zur raschen Regelung des Reparationsproblems und der Sicherheitsfrage auf Grund des Sachverständigenprogramms durchgeführt werden.

Die Regierungsbildung in Frankreich.

Paris, 19. Mai. Der Abgeordnete Painlevé hat einen Vertreter des „Matin“ gegenüber über die Lage geäußert. Er wünsche eine Beteiligung der Sozialisten an der neuen linksstehenden Regierung. Ihre Einbeziehung würde er tief



Moderne Sommerkleiderstoffe

in großer Auswahl
Paul Rächle, Calw.

Die Gemeinde Garrweiler

verkauft am Donnerstag, den 22. d. Mts., nachm. 5 Uhr auf dem Rathaus hier

ca. 83 Festmeter Langholz

L-V. Klasse

in 4 Lose eingeteilt, an den Meistbietenden. Liebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

Euztal bei Wildbad.

Die hiesigen Ruhungsbürger bringen am Montag, den 26. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr

1430 Rmtr.

Papierholz, Scheiter und Koller

auf dem Rathaus zum Verkauf.

Vorsitzender: Schultheiß Stieringer.

Bieh-Leberthran

eingetroffen.

Löwendrogerie Gebr. Benz
Altensteig.

Im Hause des Herrn A. Kaltenbach sen., Marktplat.

Weißer Matrosenblusen

(Turnblusen) für Knaben und Mädchen. Weiße und farbige



Söckchen für Kinder

Baumwollstrümpfe
Florstrümpfe.

Paul Rächle, Calw.

Zwerenberg.

Einen schönen, sprungfähigen

Zuchtarren

Kotbleh, sehr dem Verkauf aus
Zoh. Wolf jung.



Verloren

ging am Sonntag auf dem Festplatz in Spielberg eine

goldene Damen-Uhr.

Der Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung abzugeben i. d. Geschäftsst. d. Bl.

Eine wenig gebrauchte

Schuhmacher-Nähmaschine

(Nbler) verkauft

Wilhelm Hähr, Wart.

16-17-jähriges

Mädchen

sucht Stellung

in Küche und Haushalt in der Umgebung. Zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Bl.

Verkaufe von heute ab fortwährend schöne, starke

Milchschweine



(Hauischehen) zu billigem Preis in meinem Stall.
Wiedmann, Altmünde.

Adm. Lpm

Für Stenogr. Kundige findet bei genüg. Beteilig. ein Fortbildungs- und Redeführungskurs statt. Anmeld. heute Dienstag Abend 8 Uhr im unteren Schulhaus, Schüttler.

Gelegenheitskauf!

2-Siber „Roko“

Baujahr 1921, gebt., guterh. mit elektr. Licht, 5fach gut bereit, fahrbereit.

S.-Mk. 2200

3-Siber „Mathis“

Baujahr 1923, neuwertig, ganz wenig gefahren, mit elektr. Licht und Anlaffer, 5fach prima bereit, hervorragender Käufer und Bergsteiger, zugelassen und versteuert, S.-M. 3800.—

Bei Barzahlung 10% Nachlass

Louis Schleh,
Freudenstadt, Telefon 27.

Wer entleert

Abortgrube

Bei wem jagt die Geschäftsstelle ds. Bl.

Geschäftsbücher

Briefordner

Schnellhefter

jeiz preiswert erhältlich in der

W. Kieferischen Buchhandlung

Altensteig.

Gewerbeverein Altensteig.

Am nächsten Sonntag, den 25. Mai, soll bei genügender Beteiligung

die Gewerbeausstellung in Dorfstetten

befucht werden. Wegen Bestellung der Fahrgelegenheit (Postauto) sind Anmeldungen bis spätestens Donnerstag Abend an den Vorstand Paul Bed zu richten, wofelbst Näheres zu erfragen ist.

Der Aussch.:

Landw. Bezug- u. Absatz-Genossenschaft Altensteig.

Wir bieten an sofort ab Lager, solange Vorrat reicht:

| | |
|------------|-------------|
| Rainit | Ia Weißmehl |
| Kalifalz | Ia Brotmehl |
| Thomasmehl | Zorjmelasse |

Natron-Salpeter

Ferner werden noch Bestellungen angenommen auf demnächst eintreffendes

Roggenfuttermehl.

Geschäftsstelle.

Um Jertümem vorzubugen, teile ich meiner wert. Kundschaft mit, daß die Sprengstoffe

Rodit, Neorodit, Ammonachüclt Sprengkapseln

und gegen den erforderlichen oberamtlichen Erlaubnischein abgegeben werden können.

Dagegen ist ein solcher zu dem an Wirkung nahezu ebenbürtigen

Rosenheimer Sicherheits-Sprengpulvar nicht nötig, das ich ganz besonders bei nur geringem Bedarf empfehle, wo sich die Einholung des Erlaubnischeines nicht lohnt.

Lorenz Luz jr., Altensteig.

Bettfedern, Flaum

Bettbarchent

weiß und farbig



Damast

Zit, Bettzeug,

Leintuchstoffe, Haipfelstoffe
in großer Auswahl

Paul Rächle, Calw.

Altensteig.

3-4 tüchtige

Zagelöhner

für sofort gesucht.

Joel Walz, Baugeschäft.

300 Mark

aufzunehmen gesucht gegen guten Zinsfuß. Angebote zu richten an die Geschäftsstelle ds. Bl.



Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillekleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Pforzheim, Ecke Metzger- u. Blumenstr.